



AMTSBLATT DER STADT DINSLAKEN

Amtliches Verkündungsblatt

16. Jahrgang

Dinslaken, 28.09.2023

Nr. 24

S.1-6

Inhaltsverzeichnis

Bekanntmachungsanordnung der Stadt Dinslaken

hier: Satzung der Stadt Dinslaken über die Erhebung von Elternbeiträgen2-6

Bekanntmachungsanordnung

Die vom Rat der Stadt Dinslaken am 26.09.2023 beschlossene

Satzung der Stadt Dinslaken über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und weiterer Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe I vom 26.09.2023

wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gemäß § 7 Abs. 6 Satz 2 GO NRW gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Dinslaken, 27.09.2023

Gez. Achim Thomae
1.Beigeordneter

Satzung der Stadt Dinslaken über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und weiterer Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe I vom 26.09.2023

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) vom 15.02.2005 (GV.NRW. S. 102) und des § 51 Absatz 5 des Kinderbildungsgesetzes vom 30.10.2007 (GV. NRW. S. 462), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Dinslaken in seiner Sitzung am 26.09.2023 folgende Satzung beschlossen:"

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Inanspruchnahme der pädagogischen Übermittagsbetreuung und der weiteren Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe I an den Schulen der Stadt Dinslaken, in denen diese Betreuungen angeboten werden. Die Satzung ist Grundlage für die Erhebung des Beitrages, den Eltern zu leisten haben, die ihre Kinder für die Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und den weiteren Ganztags- und Betreuungsangeboten angemeldet haben.

§ 2 Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote

(1) In der Sekundarstufe I an Schulen der Stadt Dinslaken besteht für die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und an weiteren Ganztags- und Betreuungsangeboten nach dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.12.2010 (Abl. NRW. 1/11 S. 38, berichtigt 2/11 S. 85) teilzunehmen.

(2) Die pädagogische Übermittagsbetreuung und die weiteren Ganztags- und Betreuungsangebote gelten als schulische Veranstaltungen.

§ 3 Teilnahmeberechtigte, Aufnahme

(1) An der pädagogischen Übermittagsbetreuung und den weiteren Ganztags- und Betreuungsangeboten können nur Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I der Schulen der Stadt Dinslaken teilnehmen.

(2) Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Über die Aufnahme entscheidet die Schulleiterin/der Schulleiter gemeinsam mit dem Maßnahmenträger.

(3) Die Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und der weiteren Ganztags- und Betreuungsangebote ist freiwillig. Die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme bindet grundsätzlich für die Dauer eines Schuljahres (01.08. bis 31.07.).

(4) Unterjährige Anmeldungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Zuzüge, unvorhersehbare Förder- und Betreuungsbedarfe) jeweils zum 1. eines Monats möglich.

§ 4 Abmeldung, Ausschluss

(1) Eine vorzeitige, unterjährige Abmeldung durch die Beitragspflichtigen im Sinne des § 6 der Satzung ist mit einer Frist von vier Wochen jeweils zum 1. eines Monats möglich bei

- a) Wechsel der Schule,
- b) längerfristige Erkrankung des Kindes (mindestens vier Wochen),
- c) Änderung hinsichtlich der Personensorge für das Kind.

(2) Ein Kind kann vom Schulträger nach Absprache mit der Schulleitung und dem Maßnahmenträger von der Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung und den weiteren Ganztags- und Betreuungsangeboten ausgeschlossen werden, insbesondere wenn

- a) das Verhalten des Kindes ein weiteres Verbleiben nicht zulässt,
- b) die Beitragspflichtigen ihrer Beitragspflicht wiederholt nicht rechtzeitig nachkommen,
- c) die erforderliche Zusammenarbeit mit den Eltern oder den rechtlich gleichgestellten Personen von diesen nicht mehr möglich gemacht wird,
- d) die Angaben, die zur Aufnahme geführt haben, unrichtig waren bzw. sind.

§ 5 Elternbeiträge

(1) Die Stadt Dinslaken erhebt für die Betreuung von Schülerinnen/Schüler im Rahmen der Übermittagsbetreuung und der weiteren Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe I öffentlich-rechtliche Beiträge (Elternbeiträge).

(2) Die Beiträge werden von der Stadt Dinslaken festgesetzt und eingezogen. Die Stadt Dinslaken ist berechtigt, die Einziehung der Elternbeiträge auf die Maßnahmenträger zu übertragen.

(3) Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in die pädagogische Übermittagsbetreuung und die weiteren Ganztags- und Bereuungsangebote. Sie gilt grundsätzlich für ein Schuljahr (1. August bis 31. Juli) und auch in den Zeiten der Schulferien. Wird ein Kind im laufenden Schuljahr aufgenommen oder verlässt es im laufenden Schuljahr die offene Ganztagschule, ist der Beitrag anteilig zu zahlen.

(4) Das Entgelt für das Mittagessen wird von dem jeweils eingesetzten Träger gesondert verlangt und ist direkt an diesen zu zahlen.

§ 6 Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig sind die Eltern oder diesen rechtlich gleichgestellten Personen. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern. Im Übrigen ist der für das Kind im Rahmen der Meldepflicht erklärte Hauptwohnsitz maßgeblich.

(2) Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistungen erhalten an die Stelle der Eltern.

(3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Beitragshöhe

(1) Die Zahlungspflichtigen haben monatlich einen öffentlich-rechtlichen Beitrag zu entrichten. Der monatliche Elternbeitrag für die Teilnahme an der pädagogischen Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote beträgt

Jährliches Einkommen	Monatlicher Beitrag
bis 24.000 € oder Leistungen nach ALG SGB II, SH SGB XII, AsylbLG, WoGG, Kindergeldzuschlag § 6a BKKG sowie Pflegekinder	0,00 €
bis 84.000 €	35,00 €
über 84.000 €	50,00 €

(2) Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Kindergeldzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz (BKKG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) sowie Pflegekinder sind von der Beitragspflicht befreit.

(3) Auf Antrag kann der Elternbeitrag vom Schulträger nach Absprache mit der Schulleitung und dem Maßnahmenträger ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (vgl. § 90 SGB VIII).

§ 8 Einkommen

(1) Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Zahlungspflichtigen im Sinne des § 2 Absatz 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.

(2) Als Einkommen gelten auch steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmte Leistungen für die Eltern und die Schülerin/den Schüler, für die/den Elternbeitrag gezahlt wird.

(3) Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften, das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz, das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bis zu einer Höhe von 150 € bzw. 300 € monatlich sowie die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz sind nicht hinzuzurechnen.

(4) Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihm auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Paragraphen ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 Prozent der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(5) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Einkommensteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Paragraphen ermittelten Einkommen abzuziehen. Pflegekinder werden bei der Ermittlung der Freibeträge außer Acht gelassen.

§ 9 Maßgeblicher Einkommenszeitraum

Maßgeblich ist das Einkommen eines Kalenderjahres. Im Rahmen der erstmaligen Ermittlung dieses Einkommens oder im Rahmen einer zu aktualisierenden Berechnung auf Grund von Änderungen in den persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen sind die prognostizierten Einkünfte für das gesamte laufende Jahr zu berücksichtigen, wenn davon auszugehen ist, dass die Einkommenssituation voraussichtlich auf Dauer besteht. Eine Reduzierung des Elternbeitrags erfolgt ab dem Ersten des Monats der Antragstellung. Sollte aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen die Ermittlung des Einkommens des laufenden Kalenderjahres nicht möglich sein, ist zunächst auf das Einkommen eines Kalendervorjahres zurückzugreifen. Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder bei einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsreduzierung wird das tatsächliche (Jahres-)Einkommen im Jahr der Beitragspflicht zu Grunde gelegt.

§ 10 Einkommensnachweis, Mitteilungspflichten

(1) Die Zahlungspflichtigen nach § 6 dieser Satzung sind verpflichtet, das Vorliegen der Voraussetzungen zur Reduzierung des Elternbeitrages bzw. das Vorliegen von Befreiungstatbeständen nachzuweisen. Dazu sind neben dem Antrag nach § 7 Absatz 4 dieser Satzung entsprechende Nachweise beim Schulträger einzureichen. Erfolgt der Nachweis nicht spätestens innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung oder ist das Einkommen nicht glaubhaft nachgewiesen, so ist der höchste Beitrag zu zahlen.

(2) Die Eltern bzw. die in § 6 genannten Personen sind verpflichtet, alle Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, der Stadt Dinslaken als Schulträger unverzüglich mitzuteilen. Kommen diese Personen ihren Auskunfts-, Anzeige- und Nachweispflichten nicht, nicht in ausreichendem Maße oder nicht rechtzeitig nach, so wird der höchste Elternbeitrag festgesetzt.

§ 11
Fälligkeit und Zahlung der Elternbeiträge

- (1) Die Elternbeiträge sind grundsätzlich monatlich im Voraus, jeweils zum 1. eines Monats zu entrichten.
- (2) Soweit die Einziehung der Beiträge auf einen Maßnahmenträger übertragen wurde, entscheidet dieser, ob die Beiträge monatlich, quartalsweise oder halbjährlich jeweils zum 1. eines Monats eingezogen werden. Die Beiträge werden stets als volle Monatsbeiträge erhoben, unabhängig von An- und Abwesenheitszeiten des Kindes sowie Schließzeiten, Ferien oder ähnlichem. In begründeten Ausnahmefällen und auf Antrag können andere Zahlungsmodalitäten vereinbart werden.

§ 12
Verfahren

Zum Zwecke der Erhebung der Elternbeiträge nach dieser Satzung teilen die jeweils eingesetzten Träger der pädagogischen Übermittagsbetreuung und der weiteren Ganztags- und Betreuungsangebote der Stadt Dinslaken als Schulträger die für die Erhebung der Elternbeiträge erforderlichen Daten unverzüglich mit.

§ 13
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.